Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Drucksache DS0589/04	Datum 27.07.2004
Dezernat: VI	Amt 61		

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Beschlussvorschlag		
			ange- nommen	abge- lehnt	ge- ändert
Der Oberbürgermeister	10.08.2004	nicht öffentlich			
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	23.09.2004	öffentlich			
Stadtrat	07.10.2004	öffentlich			

Beteiligte Ämter Amt 63, Amt 68	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		X
	KFP		X
	BFP		X

Kurztitel

Satzung - Veränderungssperre für das Bebauungsplangebiet Nr. 239-1 "Domplatz"

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg hat aufgrund des § 16 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 27. August 1997 (BGBl. I, S. 2141) und der Änderung durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1359) in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, und des § 6 Abs. 1 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 05.10.1993 (GVBl. S. 568), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, in seiner Sitzung am folgende Satzung beschlossen.

§ 1

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Magdeburg hat am 07.05.1992 beschlossen, für das Gebiet „Domplatz“ einen Bebauungsplan aufzustellen.
Zur Sicherung der Planung wird für das in § 2 näher beschriebene Gebiet eine Veränderungssperre gem. § 14 Abs. 1 BauGB erlassen.

§ 2

Die Veränderungssperre erstreckt sich auf das Gebiet, das umgrenzt wird:
- im Norden durch das Kloster Unser Lieben Frauen sowie die Wohnbebauung

Regierungsstraße

- im Osten durch die Fürstenwallstraße und das Schleinufer
- im Süden durch die Danzstraße und die Straße Am Dom
- im Westen durch die westliche Platzkante des Domplatzes.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieser Satzung bildet, dargestellt.

§ 3

Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen:

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden,
2. erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden.

Die Entscheidung über Ausnahmen trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde.

Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

§ 4

Die Veränderungssperre tritt am Tage der Bekanntmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Magdeburg in Kraft.

Sie tritt nach Ablauf von zwei Jahren außer Kraft.

Dr. Trümper
Oberbürgermeister

Begründung:

Am 07.05.1992 wurde durch die damalige Stadtverordnetenversammlung der Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 239-1 „Domplatz“ gefasst.

Mit Beschluss Nr. 080-3(III)99 erfolgte am 09.09.1999 die Herauslösung eines Teilbereiches als 1. Änderung zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 239-1 „Domplatz“.

Die Planungsziele des Bebauungsplanes beziehen sich im Wesentlichen auf die Entwicklung eines Sondergebietes. Dabei sollen die städtebaulichen Ziele für eine bauliche Ergänzung der historischen Struktur im Bereich Gouvernementsberg/Fürstenwallstraße/Fürstenwall berücksichtigt werden. Dem steht der Bauantrag zur Errichtung einer Parkpalette entgegen, so dass zur Sicherung der Planung eine Veränderungssperre erforderlich wird.

Mit der vorliegenden Drucksache werden die Belange zur Prüfung der Kinderfreundlichkeit und Behindertenfreundlichkeit nicht berührt.